

Zwischen „Diskretion“ und „Desaster“

Diskussion über WestLB wird zur Grundsatzdebatte über öffentlich-rechtliches Bankenwesen

17.9.2008 – „Der Streit eskaliert – welche Perspektiven hat die WestLB?“, So der Titel einer Aktuellen Stunde. In der Debatte war dabei der Sprung zum geplanten Sparkassengesetz nicht weit. Gewollt oder (durch die EU) getrieben – für die rot-grüne Opposition gefährdet die Regierung mit ihrer Politik nicht nur die Zukunft der WestLB, sondern gleich des gesamten Sparkassenwesens in der Bundesrepublik Deutschland. „Unverantwortliche Panikmache“ hielt die Regierung entgegen und konterte, die wirkliche Gefahr liege in ebensolchen Aussagen.

Gisela Walsken (SPD) warf der Landesregierung „Dilettantismus“ im Umgang mit der größten Investition des Landes vor. Die WestLB brauche ein neues Geschäftsmodell; dies werde aber von der Landesregierung – so Walsken mit Blick auf mögliche Fusionen – nicht unterstützt. Die Bank treibe vielmehr seit 2007 führungslos durch die Immobilienkrise. Den „Gipfel der Inkompetenz“ sah sie allerdings im Entwurf des Sparkassengesetzes: Der – gegen den Widerstand der Sparkassenverbände – geplante Verbund zwischen WestLB und Sparkassen könne das Ende des öffentlich-rechtlichen Bankensystems bedeuten. Insbesondere wandte sich die Oppositionssprecherin gegen die Äußerungen von EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes zu diesem Thema, die auf eine Privatisierung der Sparkassen abzielten, was auch Teile der Landesregierung wünschten.

Christian Weisbrich (CDU) dagegen sah schon in der Beantragung der Aktuellen Stunde einen Akt „verantwortungslosen Handelns“. Die „Hetze“ der Opposition gefährde Arbeitsplätze und Landesvermögen. Zwischen 2002 und 2004, also unter rot-grüner Regierung, seien bei der WestLB reale Verluste von 4,8 Milliarden Euro entstanden, blickte Weisbrich zurück. Er erinnerte daran, dass in der Ägide der Vorgängerregierung die WestLB mit der LBS ihr Bauspargeschäft abgegeben habe, dass die Landesregierung die Mehrheit an der WestLB „verspielt“ habe, dass sie „Fehlspekulationen“ mit VW-Aktien abgesegnet habe und dass sie die WestLB in einen Kampf mit der EU-Kommission gehetzt habe. Wer dies alles zu verantworten habe, solle jetzt der aktuellen Landesregierung bei der Krisenbewältigung helfen, anstatt Angst und Misstrauen zu schüren.

Angela Freimuth (FDP) sah einerseits eine vernünftige Kritik an Zeitpunkt und Art der Äußerungen der EU-Wettbewerbskommissarin gerechtfertigt, andererseits unterstrich sie: „Niemand hier im Hause wünscht sich, dass sich die Sichtweise von Frau Kroes unverändert durchsetzt.“ Aber es müsse doch sichergestellt werden, dass die WestLB über ein besseres Geschäftsmodell zukünftig auf eigenen Füßen stehen könne und nicht auf das Geld der Steuerzahler angewiesen sei. Dieses Ziel sei am besten über sachliche Gespräche auch mit der Kommission zu erreichen, nicht über „Geschrei in den Schützengräben“. Unterstützung signalisierte die Liberale für die Forderung der Sparkassen, dass die WestLB im öffentlich-rechtlichen Lager bleibe: „Es ist dann aber auch an den Sparkassen, mit dem Land gemeinsam eine Lösung innerhalb ihrer Strukturen zu finden.“

Sylvia Löhrmann (Grüne) verband in ihrer Stellungnahme ebenfalls das Problem „WestLB“ mit dem geplanten Sparkassengesetz. Alle Fusionüberlegungen seien entweder von der Regierung abgelehnt worden (Stichwort: LBBW) oder – einmal öffentlich geworden – gescheitert. „Wenn Sie nicht einhalten und einlenken, wird Jürgen Rüttgers zum Totengräber der WestLB

... und der Sparkassen.“ Das Sparkassengesetz müsse gestoppt werden, ansonsten fungiere die Landesregierung als Handlanger der EU-Kommissarin Kroes, die einen „finalen“ Angriff auf die Sparkassen in ganz Deutschland plane. Mit Blick auf die Äußerungen aus Brüssel warnte Löhrmann davor, die Sparkassen zwangsweise an die WestLB zu binden: Wenn ein privater Investor mehr als 50 Prozent der WestLB übernehme, dann sei ein neues Gesetz nötig, um diesen Verbund wieder zu lösen.

Finanzminister Helmut Linssen (CDU) unterstrich, das Hauptziel sei, die WestLB zu konsolidieren. „Dabei gibt es Bemerkungen von Frau Kroes, die wir nicht teilen“, distanzierte er sich von der europäischen Wettbewerbskommissarin. Artikel 295 des EU-Vertrags schütze die Eigentumsordnung der EU-Mitgliedstaaten und damit in Deutschland die öffentlich-rechtliche Trägerschaft der Sparkassen. Daher könne von einer möglichen Privatisierung der Sparkassen keine Rede sein, betonte Linssen. Im Übrigen sei es eine Falschmeldung, dass zwei Drittel der risikobehafteten Wertpapiere in der Amtszeit der gegenwärtigen Regierung angeschafft worden wären; dies sei vielmehr unter Rot-Grün geschehen. Persönlich habe er dies nicht mitzuverantworten, da er zwischen 2002 und 2005 nicht Mitglied im Aufsichtsrat der WestLB gewesen sei. cw

Foto: Schälte